



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

18.03.2016

Kundgebung zum Equal Pay Day 2016: RECHT auf mehr!

(In der Anlage finden Sie zwei Fotos von der Equal-Pay-Day-Kundgebung zur freien Verwendung.)

Auf Initiative eines breiten Frauenbündnisses aus DGB, Deutschem Frauenrat und Sozialverband Deutschland fand auch in diesem Jahr die Kundgebung zum „Equal Pay Day“ am Brandenburger Tor unter dem Motto „Recht auf Mehr!“ statt. Bettina Hagedorn, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Ostholstein, die seit 2008 auf den Kundgebungen in Berlin aktiv dabei ist, demonstrierte zusammen mit vielen Kolleginnen und Kollegen für gleichen Lohn bei gleichwertiger Arbeit von Frauen und Männern.

Bettina Hagedorn: **„Immer noch ist und bleibt es leider ein Skandal und ein Verstoß gegen das Grundgesetz, dass Frauen in Deutschland bei sozialversicherungspflichtiger Arbeit im Schnitt dennoch 21,6 Prozent weniger Lohn als Männer erhalten. Der Equal Pay Day markiert symbolisch den Zeitraum, den Frauen über das Jahresende hinaus arbeiten müssen, um auf das Vorjahresgehalt ihrer männlichen Kollegen zu kommen. Rechnet man den Prozentwert in Tage um, arbeiten Frauen die ersten 79 Tage eines Jahres umsonst – in diesem Jahr also bis zum 19. März. Unser gemeinsames Ziel ist: diese ungerechte Lohnlücke MUSS geschlossen werden!**

Ein weiteres Problem bleibt weiterhin der niedrige Verdienst in typischen Frauenberufen wie in der Pflege oder der Erziehung, obwohl die Anforderungen an die körperliche wie seelische Belas-

tung hoch und die Verantwortung immens ist und gleichzeitig qualifizierte Fachkräfte immer schwerer zu finden sind!

Eine Aufwertung vieler typischer Frauenberufe haben wir zwar in einem ersten Schritt mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Januar 2015 erreicht, von dem eben deshalb gerade Frauen profitieren. Als 2. Schritt wollen wir jetzt mit einem Gesetzentwurf von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) den Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen noch bis zum Sommer endlich wirksam begrenzen. Denn auch da sind es gerade Frauen, die beispielsweise als Köchin oder Reinigungskraft in ausgegliederten Unternehmenszweigen unter dem Missbrauch solcher Verträge Lohndumping erleben. Auch, wenn die CSU dieses wichtige Gesetz trotz Koalitionsvertrag bislang blockiert, werden wir energisch an der Seite der Gewerkschaften für weitere Schritte in Richtung „Equal Pay“ kämpfen, um diese Ungleichheit im wirtschaftlich erfolgreichen Deutschland zu stoppen! Es darf auch nicht länger selbstverständlich sein, dass Frauen in schlechtbezahlte, nicht existenzsichernde Minijobs und Teilzeitverträge gegen ihren Willen gedrängt werden. Deshalb haben wir den Ausbau der Kindertagesbetreuung fortgesetzt, das ElterngeldPlus eingeführt und die Familienpflegezeit verbessert. Denn die Folge von Frauen in andauernder Teilzeit ist bekannt und alarmierend: Altersarmut ist eindeutig weiblich, niedrige Löhne führen zu niedriger Rente! Auch darum brauchen wir gerechte Löhne – und das heißt gleicher Lohn für Frauen und Männer!“

Mit dabei am Brandenburger Tor waren – zusammen mit vielen Bundestagsabgeordneten gerade der SPD - die SPD-Generalsekretärin Katharina Barley und die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Elke Ferner.